

# Menschenrechte und Sozialismus

Mit der Befreiung Vietnams 1975 war bei der Linken im Westen nicht nur die Hoffnung verbunden, daß sich das Land nun unabhängig entwickeln werde, in einen ökonomischen System, daß eine gerechte Verteilung und gleichen Wohlstand für alle ermöglicht. Gleichzeitig wurde erwartet, daß automatisch mit der Veränderung der ökonomischen Basis eine freie Gesellschaft entsteht.

Daß dies in den ersten Jahren nicht eingelöst werden konnte, war klar. Zu groß waren die Narben, die der langjährige Krieg im Land hinterlassen hatte, zu groß die Gefahr eines Roll-back. Doch was ist heute?

In dem Bericht der letzten Delegationsreise des dt. Bundestages nach Vietnam, im Sommer letzten Jahres, resümiert Dieter Schanz: "Nach dem 6. Parteitag der KPV ist eine erkennbare Öffnung auch nach Westen zu beobachten. Die Entwicklung nach innen, mit dem Ziel mehr demokratischer Freiheiten, aber auch mehr Mitverantwortung und Eigenverantwortlichkeit im wirtschaftlichen Bereich, verläuft langsam aber stetig. Viel Schwierigkeiten bereitet den politischen Kräften in Vietnam der Umgang mit ehemaligen Kriegsgegnern aus dem Süden des Landes, welche in Umerziehungslagern (etwa 10000) untergebracht sind." (Ausschußdrucksache 11/102 V. 19.1.88 S.16)

Gerade in den letzten Monaten hat dieses Thema wieder neue Aktualität erfahren, als die vietnamesische Nachrichtenagentur die Entlassung von 1014 ehemaligen Generälen und Beamten des Thieu-Regimes bekanntgab und von nunmehr nur noch 159 bisher uneinsichtigen alten Thieu-Anhängern in Umerziehungslagern spricht. Die Frage stellt sich heute also weniger nach der Behandlung der alten Kriegsverbrecher, sondern nach den "Neuzugängen"

in den Lagern und den Grundlagen vietnamesischer Rechtspolitik.

Für G. Giesenfeld, Vorsitzender der deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft, sind die Umerziehungslager "symbolische Überbleibsel aus einer Zeit, in der mit außergewöhnlicher Souveränität der Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden sollte und willentlich Gesetze und juristische Verfahrensweisen einem großen moralischen Akt weichen mußten: der Politik der Versöhnung." (s.u.) Die Frage ist erlaubt, ob sie nicht längst Bestandteil der gegenwärtigen Rechtspolitik geworden sind.

Im folgenden bringen wir Ausschnitte von Artikeln aus der Zeitung der deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft "Vietnam-Kurier", die dort 1985 erschienen sind. Der erste Ausschnitt ist ein Reisebericht von Erich Wulff, langjähriger Vorsitzender und heute Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft. Er hat vor der Befreiung in Vietnam gelebt und die Befreiungsfront unterstützt. 1979 hatte E. Wulff das erste Mal nach der Befreiung Vietnam wiedergesehen. Er traf dort u.a. Hoa und Nghi, mit denen er in den 60er Jahren für die Befreiungsfront gearbeitet hatte. Jetzt nach der Befreiung konfrontierten sie ihn mit ihrer Kritik am neuen Vietnam: "Wie oft habe ich in der Nationalversammlung gesagt, Gesetze müssen verabschiedet, Straftatbestände, auch politische, definiert werden: nichts ist geschehen", sagt Hoa. Und: "Jetzt reden sie vom Tourismus, weil sie Devisen wollen. Aber zu den Menschenrechten gehört auch die Freizügigkeit unserer eigenen Bürger. Darum kümmert sich niemand." (aus G.W. Alsheimer d.i. E.Wulff, Eine Reise nach Vietnam, S.56)

Diese Begegnung zog E. Wulff zeitweise "den Boden unter den Füßen weg", wie er es selbst nannte, bis er zur

Position der kritischen Solidarität gegenüber Vietnam zurückfand.

1983 hat er Hoa und Nghi wiedergetroffen. Mit ihnen beginnt der zweite Teil seines persönlichen Reiseberichts, den wir auszugsweise veröffentlichen.

Der zweite Beitrag ist ein kleiner Abschnitt eines dreiteiligen Berichts von G. Giesenfeld "Von den Grenzen der Politik der Versöhnung – Bericht von einem Besuch in einem Umerziehungslager."

Wir haben uns den Teil herausgesucht, indem Phan Hien, ehemaliger Justizminister der SRV, die Politik Vietnams in Bezug auf die Umerziehungslager erläutert.

Natürlich beschränkt sich die Menschenrechtsfrage in Vietnam nicht nur auf die Umerziehungslager. Die vietnamesische Politik wirft die grundsätzliche Frage der Rechte des Menschen in einem sozialistischen System auf. Oder anders ausgedrückt, stellt sich die Frage, ob nicht die Behandlung der Menschenrechte, ebenso wie die ökonomischen Grundlagen, Gradmesser für sozialistische Politik sind. Unsere deutsche Realität konfrontiert uns derzeit mit sich auf Rosa Luxemburg berufenden Andersdenkenden, die in die BRD verbannt werden, weil ihre kritische Denkweise in der DDR keinen Platz hat. Wieviel Spielraum bietet Vietnam seinen Andersdenkenden?

Noch eine weitere Dimension der Relation Menschenrechte-Vietnam soll hier nicht vergessen werden. Der Einmarsch und die Besetzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen wurde damals wie heute mit der Verteidigung und Wahrung der Menschenrechte in Kambodscha begründet und gerechtfertigt. Menschenrecht bricht Völkerrecht? Mit folgenden Beiträge veröffentlichen wir ein Dokument zur Diskussion um die angeschnittenen Fragen und hoffen auf Reaktionen.